



Medieninformation, 5. Januar 2020

Verein «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise»

GFS-Umfrage zur Fair-Preis-Initiative:

Grosse Mehrheit für Fair-Preis-Initiative

Ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung will etwas gegen unfaire Schweiz-Zuschläge tun. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage von GFS-zürich. 68 Prozent der Befragten befürworten den Kern der Initiative. Lediglich 20 Prozent sind damit nicht einverstanden. 12 Prozent sind noch unentschieden oder geben keine Antwort. Eine klare Mehrheit der Befragten will also das Wettbewerbsrecht stärken und somit Nachfrager aus der Schweiz ausländischen Nachfragern gleichstellen. Die Fair-Preis-Initiative bekämpft ungerechtfertigte Preiszuschläge für Schweizer Kunden.

69% Prozent der Befragten sind der Meinung, dass ausländische Produkte in der Schweiz zu teuer sind. Wer regelmässig im Ausland einkauft, ist sich der Preisdifferenzen gegenüber dem Ausland am stärksten bewusst. Von dieser Gruppe geben 81 Prozent an, dass ausländische Produkte in der Schweiz zu viel kosten. Das Bewusstsein für unfaire Schweiz-Zuschläge zeigt sich in allen Altersgruppen, Sprachregionen und demographischen Schichten.

Breite Zustimmung zur Fair-Preis-Initiative

Auf den Inhalt der Fair-Preis-Initiative angesprochen, sagen 68 Prozent der Befragten, dass sie mit dem Kern der Initiative übereinstimmen. Nur 20 Prozent sind nicht einverstanden, 12 Prozent sind noch unentschieden. Die grosse Mehrheit will etwas gegen die «Hochpreisinsel Schweiz» tun und das Wettbewerbsrecht gegen ungerechtfertigte Preiszuschläge für Schweizer Kundinnen und Kunden stärken. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sowie das Gewerbe sollen bei der Beschaffung von ausländischen Produkten gegenüber Nachfragern aus dem Ausland nicht diskriminiert werden. Die grösste Unterstützung für die Fair-Preis-Initiative findet sich bei jenen, die regelmässig im Ausland einkaufen. Sie haben das grösste Problembewusstsein. Die Fair-Preis-Initiative findet jedoch bei allen Altersgruppen, Sprachregionen und demographischen Schichten eine deutliche Mehrheit.

Jeder Zweite kauft im Ausland ein

Der Einkaufstourismus boomt. Viele Kundinnen und Kunden weichen ins Ausland aus. Das zeigen die Resultate der GFS-Umfrage deutlich. Jede zweite befragte Person (48 Prozent) kauft mindestens ab und zu im Ausland ein. Die Aussagen unterstreichen die Tatsache, dass jedes Jahr viel Kaufkraft abfließt. Tiefere Preise sind der Hauptgrund für den weit verbreiteten Einkaufstourismus. Besonders für Leute, die regelmässig im Ausland einkaufen, ist der Preis zentral. 61 Prozent dieser Gruppe nennen ihn als ausschlaggebendes Kriterium.

Gegen Einkaufstourismus aktiv werden

Ganze 76 Prozent der Befragten begrüßen neue Wettbewerbsregeln, welche die Preisunterschiede zum Ausland verringern und somit den Einkaufstourismus eindämmen. Die Werte sind für die Deutschschweiz und die Romandie fast identisch. Bei den Frauen ist die Zustimmung etwas ausgeprägter als bei den Männern. Die Frauen votieren zu 78 Prozent für stärkere Wettbewerbsregeln gegen unfaire Schweiz-Zuschläge.

Bei den Männern sind es 75 Prozent. Auch wird die Bekämpfung der Preisunterschiede von höheren Einkommen (81 Prozent) etwas stärker unterstützt als von tieferen Einkommen (72 Prozent).

Ausländische Preisdiktate sind unbefriedigend

Die Tatsache, dass das Schweizer Gewerbe von ausländischen Produzenten gezwungen werden kann, bei bestimmten Vertretern oder Importeuren einzukaufen, erachten 49 Prozent der Befragten als Problem. Nur 20 Prozent sind der Meinung, dass es kein Problem darstellt, dass ausländische Hersteller Vertriebswege diktieren. Insgesamt zeigt sich bei diesem Argument, dass in der Bevölkerung die heutige Situation als unbefriedigend eingeschätzt wird.

Ähnlich hohe 48 Prozent finden, dass Schweizer Kunden von ausländischen Herstellern und Lieferanten ausgenutzt werden. 25 Prozent teilen diese Meinung nicht.

Zwei zentrale Argumente gegen die Initiative sind nicht mehrheitsfähig. Nur 39 Prozent der Befragten finden, dass ausländische Produzenten weiterhin selber entscheiden sollen, ob sie Schweizer Kunden zu gleichen Bedingungen beliefern wie ausländische Kunden. Dem widersprechen jedoch ähnlich hohe 35 Prozent. Lediglich 37 Prozent der Befragten teilen die Meinung, dass die Initiative zu mehr Bürokratie führe. 30 Prozent sind nicht dieser Ansicht. Insgesamt ist die Meinungsbildung mit Bezug auf die spezifische Argumente noch nicht sehr ausgeprägt. Rund ein Viertel der Befragten hat jeweils noch keine Meinung zu konkreten Argumenten. Die Zustimmung zu den befürwortenden Argumente ist indes höher.

Die repräsentative Befragung wurde im Oktober 2019 im Auftrag des Vereins «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise» von GFS-Zürich durchgeführt. Es wurden 1012 Personen in der Deutschschweiz und in der Romandie befragt. Der Stichprobenfehler liegt bei 3,2 Prozent.

Die Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise» (Fair-Preis-Initiative) schafft die gesetzlichen Grundlagen, um die Preisdiskriminierung von Schweizer Nachfragern zu bekämpfen. Viele importierte Produkte kosten in der Schweiz sehr viel mehr als im benachbarten Ausland. Dies liegt nicht etwa an höheren Schweizer Lohn-, Infrastruktur- oder Mietkosten, sondern an ungerechtfertigten Schweiz-Zuschlägen. Internationale Produzenten und Lieferanten schöpfen die Schweizer Kaufkraft gezielt ab. Sie schotten ihre Vertriebssysteme ab und setzen so künstlich überhöhte Preise durch. Darunter leiden Schweizer KMU, Verwaltungen sowie Privatpersonen. Die Fair-Preis-Initiative räumt mit diesen Missständen auf. Sie stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Schweiz und bekämpft die Hochpreisinsel Schweiz.

Die Resultate im Detail unter:

www.fair-preis-initiative.ch

Kontakt:

- Prisca Birrer-Heimo, Co-Präsidentin Verein «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise», Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz (prisca.birrer-heimo@parl.ch, 079 741 21 59)
- Casimir Platzer, Co-Präsident Verein «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise», Präsident GastroSuisse (casimir.platzer@gastrosuisse.ch, 079 675 42 20)
- Roland Goethe, Co-Präsident Verein «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise», Präsident Swissmechanic Schweiz (r.goethe@swissmechanic.ch, 078 669 91 61)